

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7203.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einseitige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 26.

Sonnabend, den 26. Juni 1915.

19. Jahrgang.

Zur Frage der Kriegsverletztenfürsorge.

I.

Eine sozial gerechte Lösung dieser Frage hat für alle Klassen der Gesellschaft eine nicht geringe Bedeutung, für die Arbeiterklasse aber immerhin eine größere, weil der weitaus größte Teil der Kriegsteilnehmer und der Kriegsverletzten des deutschen Heeres der Arbeiterklasse angehört. Die Stellungnahme der Gewerkschaften hierzu und ihre recht realen Erwägungen sind dadurch überaus reichhaltig begründet. Wenn im Jahre 1871 trotz allem Milliardenvermögen die große Masse der deutschen Kriegsverletzten so wenig berücksichtigt wurde, so lag das zum Teil auch an dem noch so gering entwickelten Klassenbewusstsein und an dem Mangel einer geschlossenen Organisation der Arbeiter. Während man es als selbstverständlich betrachtete, den hervorragenden Heerführern und Staatsmännern Millionen in Form von Dotationen zu schenken, gingen die Kriegsbeschädigten so gut wie leer aus. Heute liegen die Dinge anders. Der Gesetzgeber will und kann sich nicht mehr einseitig seiner Aufgabe entziehen; denn zu den bewährten Trägern des Staatsgedankens und der staatlichen Gemeinschaft gehören auch die Arbeiter. Der Kriegsverletzte Arbeiter kann schon deshalb für sich die weitgehendste staatliche Fürsorge verlangen.

Nach dem Mannschaftenversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 haben die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörigen Kriegsteilnehmer sowie die freiwilligen Kriegskrankenpfleger, die infolge einer durch den Krieg herbeigeführten Dienstbeschädigung ihre Erwerbsfähigkeit ganz oder mindestens zu 10 Prozent eingebüßt haben, einen festen Anspruch auf eine Rente. Wer einen geringeren Teil als 10 Prozent seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat, erhält keine Rente. Diese Rente beträgt ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit jährlich für die Dauer der völligen Erwerbsunfähigkeit für den Feldwebel 900 Mk., für Sergeanten 720 Mk., für Unteroffiziere 600 Mk. und für Gemeine 540 Mk. Die Verlegung der Offiziere wird nach dem Dienstgrad auf Grund des Pensionsgesetzes von 1906 geregelt.

Den Unteroffizieren und Gemeinen, denen durch (Kriegs-) Dienstbeschädigung eine besonders schwere Verletzung zugefügt worden ist oder die sonst an der Gesundheit schwer geschädigt worden sind, kann neben der Rente eine Verhütungszulage gewährt werden. Sie beträgt bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren 324 Mk. und bei Verlust oder Erblindung beider Augen jährlich 648 Mk. Eine Zulage von je 27 Mk. monatlich kann ferner bewilligt werden: bei bloßer Störung der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit einzelner Organe (wie eines Armes, eines Fußes usw.), und wenn die Störung derart ist, daß sie dem Verlust des Gliedes gleichgültig ist. Bei andern schweren Gesundheitsstörungen, wenn sie, wie Tuberkulose, Nervenleiden, Geisteskrankheit, schweres Siedtum verursachen, so daß der Verletzte dauernd an das Krankenlager gefesselt ist und fremder Pflege und Wartung bedarf, kann diese Zulage, wie bei dem Verlust beider Augen, bis zu dem Betrage von 54 Mk. monatlich erhöht werden. Außerdem erhalten die Kriegsverletzten, denen eine Rente zuerkannt ist, ohne Rücksicht auf den Grad der Erwerbsunfähigkeit eine Kriegszulage von monatlich 15 Mk. oder 180 Mk. jährlich. Auch eine Alterszulage kann solchen Personen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben und deren jährliches Gesamteinkommen nicht 600 Mk. beträgt, bis zur Erreichung dieses Betrags gewährt werden. Der Bezug der Invalidenrente nach der Reichsversicherungsordnung wird durch den Bezug der Kriegszulage und deren Zulagen nicht berührt. Die Renten werden neben einander gewährt. Neben der Rente haben Kriegsinvaliden Kapitulanten Anspruch auf den Zivilverorgungschein; den übrigen Kriegsinvaliden kann auf ihren Antrag ein Anstellungsschein für den Unterbeamtenstand verkehrt werden. In beiden Fällen ist jedoch Voraussetzung, daß der Betroffene sich dazu qualifiziert.

Die Festsetzung der Rente geschieht oftmals von der Militärbehörde unter Mitwirkung des Arztes und der sonstigen Sachverständigen. Wir müssen fordern, daß bei Festsetzung der Renten für die Kriegsverletzten aus der Arbeiterklasse auch sachverständige Vertreter aus den Kreisen der Gewerkschaften gehört werden. Daß eine Entschädigung der Kriegsverletzten, die nach dem militärischen Dienstgrad bemessen wird, in keiner Weise den gerechten Anforderungen einer sozialen Fürsorge entspricht, ist aus von den gesetzgebenden Faktoren anerkannt worden. Deshalb ist eine Minderung dahingehend verlangt, daß bei der Rentenabstufung die wirtschaftliche Lebensstellung des Betroffenen zu berücksichtigen sei. Ziemlich einstimmig hat dementsprechend der Reichstag auch gefordert, daß bei dieser Regelung das Arbeitsvermögen der Kriegsverletzten bis zu einer bestimmten Grenze zugrunde gelegt werden muß. Dem hat sich nach einigem Zögern die Reichsregierung angeschlossen. Bis zur endgültigen Regelung dieser Frage durch ein Gesetz soll das Arbeitsvermögen in Form einer Zusatzrente neben der sogenannten normalen Rente berücksichtigt werden. In ähnlicher Weise soll auch die Hinterbliebenenfürsorge der Gefallenen geregelt werden.

Diese so festgesetzte Rente ist nicht so dem Rechte der Verabfolgung und der Unsicherheit unterworfen, wie dieses durch die berufsgenossenschaftliche Geschäftshandhabung bei

der Unfallrente zu ermöglichen ist. Sind bei den Berufsgenossenschaften die Unternehmer als Versicherungsträger maßgebend, so bei den Kriegsverletzten der Staat mit der Gesamtheit der Steuerzahler. Um all dem Glanz, das man aus den Erfahrungen mit der Unfallversicherung kennt, vorzubeugen, ist deshalb von wissenschaftlicher Seite der Leitsatz geprägt: „Es muß eine der wichtigsten Aufgaben der nachfolgenden Maßnahmen sein, den Verwundeten vor dem furchtbaren Schicksal der Rentenpsychose zu bewahren.“ Wie die Deutsche Arbeiterzeitung (Nr. 15, 1915) mitzuteilen weiß, hat das preussische Kriegsministerium hierzu schon einige bestimmte Erklärungen abgegeben, worin es heißt:

„Die Tatsache der lohnbringenden Beschäftigung oder die Höhe des einzelnen Verdienstes kann allein keine Minderung oder Entziehung der Rente begründen. Eine Anrechnung des Verdienstes auf die Versorgungsgebühren ist unzulässig. Eine Minderung oder Entziehung der Rente könnte nur bei einer wesentlichen Steigerung der Erwerbsfähigkeit eintreten. — Die Kriegszulage ist so lange fortzuzahlen, als der Versorgungsberechtigte in seiner Erwerbsfähigkeit in mehrbarem Grade, also um mindestens 10 v. H., geschädigt ist. So würde z. B. jemand, der durch den im Kriege erlittenen Verlust eines Fußes erwerbsbeschränkt geworden ist, stets neben der dem Grade seiner Erwerbsunfähigkeit entsprechenden Rente die Verhütungszulage von 27 Mk. monatlich und die Kriegszulage beziehen, gleichviel, welches Einkommen er aus lohnender Beschäftigung hat. — Weder Arbeitgeber noch Verletzte haben daher zu befürchten, daß die Verwendung eines solchen Verletzten und die wohlwollende Zahlung eines höheren Lohnes sachliche Nachteile für denselben herbeiführen könnte.“

Nach dem ministeriellen Bescheid wird eine Kürzung der Rente nicht leicht zu erwarten sein, aber auch nicht ausgeschlossen. Eine Kürzung wäre zum Beispiel auch für den Fall anzunehmen, wenn Kriegsverletzte im staatlichen oder kommunalen Verwaltungsdienst eine ihrem Arbeitseinkommen entsprechend bezahlte Anstellung mit Pensionsberechtigung erhalten. Es liegt also hier eine nicht geringe Zahl von Möglichkeiten vor, die nach der Lage der Staatsverhältnisse eine vernunftgerechte Prüfung und Beurteilung erfordert. Die finanzielle Seite, als die wichtigste dieser Frage, ist damit nur flüchtig berührt und noch nicht erledigt. Es ist klar, daß zur Durchführung dieser Verletzten- und Hinterbliebenenfürsorge nicht unbeträchtliche Summen gehören, die durch Steuererträge oder andere Einnahmen irgendwelcher Art aufgebracht werden müssen. Eine Uebersicht über diese Anforderungen kann zur Zeit noch nicht gegeben werden, aber man spricht und schreibt schon jetzt ganz offen, daß nach Friedensschluß mit Hunderttausenden von Kriegsverletzten oder Verhümmelten zu rechnen ist, die mehr oder weniger zu versorgen sind.

Damit sind die Anforderungen, die an den Staat gestellt werden, noch nicht erschöpft. Für die große Masse der aus dem Felde Zurückkehrenden werden die Gewerkschaften nicht allein eintreten können, hier werden entweder das Reich oder die Bundesstaaten und die Gemeinden durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit oder durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung helfen müssen. Um eine Wiederbelebung der Volkswirtschaft zu ermöglichen, wird man staatslicherseits ebenfalls ganz bedeutende Subventionen gewähren müssen. Das Hochbaugewerbe leidet schon seit Jahren an chronischem Baugeldmangel, der jedenfalls durch die großartigen Ergebnisse der Kriegsanleihen nicht zurückgegangen ist, sondern eher zugenommen hat. Also auch hier ist die Staatshilfe dringend erforderlich. Das Reich und die Einzelstaaten werden eben vielseitige Hilfe leisten müssen, um das Land wieder steuerleistungsfähig zu machen. In Würdigung dieser Lage, in die das Land durch die Kriegskatastrophe gekommen ist, suchen die Militärbehörden auch alles Mögliche zu tun, um die noch vorhandene Arbeitskraft der Kriegsverletzten oder Verhümmelten zu verwerten.

Wenn man sich allen Möglichkeiten gewachsen zeigen will, dann wird es für uns immer von Vorteil sein, den kommenden Dingen nüchtern und vorurteilslos entgegenzusehen. Die leicht und mittelmäßig Verletzten, die einen Verlust ihrer wichtigsten Arbeitsorgane nicht zu beklagen haben, werden nach der Rückkehr vom Schlachtfelde, wie die übrigen ihrer Arbeitsgenossen, den Kampf um die wirtschaftliche Existenz wieder aufnehmen müssen. Dabei ist gewiß zu erwägen, daß alle Viertel- und Halbinvaliden nach der Schätzung des früheren Arbeitseinkommens entweder gar keine oder nur eine geringe Rente erhalten, und so dadurch, gleich ihren übrigen Kollegen, auf den tariflichen Lohn bei ihrer Arbeit angewiesen sein werden.

Daß es den Kriegsverletzten, die eine Verkrüppelung oder den Verlust von Arbeitsorganen aufzuweisen haben, durch Uebung oder auch durch Anwendung künstlicher Glieder wieder ermöglicht wird, in ihrem alten Beruf zu arbeiten, ist sicher mit Freuden zu begrüßen. Die Verhümmelten haben hierbei die dankbarste Aufgabe. Die Trägerin der Verhümmeltenfürsorge ist in erster Linie die Militärverwaltung, der sich die „Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge“ zur Verfügung gestellt hat. Deutschland ist „es Geburtsland einer zielbewußten Verhümmeltenfürsorge und hat so gut ausgebaut Einrichtungen dafür, wie kein anderes Land der Erde. Im ganzen bestehen 138 Fürsorgeeinrichtungen; davon sind 51 Krüppelheime mit über 5000 Betten. Dazu kommen noch die Speziallazarette. Die Sanitätsämter sind von ihrer vorgelegten Behörde angewiesen, sich mit den

in ihrem Bezirk liegenden Krüppelheimen in Verbindung zu setzen und ihnen geeignete Fälle zu überweisen. Die Fürsorge wird in der Form ausgeführt, daß die Verhümmelten und die in dem Gebrauch der Glieder erheblich Beschränkten den Lazaretten der Krüppelheime oder den Speziallazaretten zugewiesen werden.

Die Notwendigkeit der Organisation.

Nach vor Jahresfrist waren die Organisationen der Arbeiter den härtesten Angriffen gerade solcher Kreise ausgesetzt, die für sich selbst den Zusammenschluß als etwas Selbstverständliches zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen (den und durch Bildung von Ringen, Erbkis und andern Gebilden sehr wohl ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern wissen. Jedoch auch diese Kreise, die der Arbeiterklasse keine Sympathie entgegenbrachten, vielmehr jede gewerkschaftliche Organisation als Feind betrachteten, der ihre Existenz bedrohe, werden heute, belehrt durch die elf Kriegsmomente, erkennen müssen, daß sich so manches nicht so glatt hätte in die Wege leiten lassen, wenn nicht die starken gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden gewesen wären und hierbei die in ihren Kräften stehende Hilfe geleistet hätten. Deswegen muß besonders darauf verwiesen werden, daß der Wert einer starken Organisation in klarer Weise für jeden, der sehen will, aus den Vorkommnissen der Kriegszeit zu erkennen ist. Ohne diese Organisationen wäre es wohl kaum möglich gewesen, den Arbeitsmarkt, so schnell wie es geschehen ist, der veränderten Nachfrage anzupassen. Können wir, daß nach Friedensschluß sich die maßgebenden Stellen bei einer etwaigen Neuregelung des Arbeitsnachweises der tatkräftigen Hilfe der Arbeiterorganisationen erinnern und in weitgehendster Weise auch ihren Wünschen und Ratsschlüssen Rechnung tragen. Hoffen wir, daß mit dem Eintritt friedlicher Zeiten die Politik der Notwendigkeit gegenüber den Gewerkschaften der Vergangenheit angehört und sie überall Anerkennung ihrer eminent wichtigen sozialen Aufgaben, ihrer Berechtigung, als Vertreter der Arbeiter zu wirken, finden mögen. Wird dies Wirklichkeit, so ist damit nicht etwa der Klassenkampf innerhalb der Gesellschaft aufgehoben, er wird vielmehr nach Beendigung des Krieges unermindert wieder aufleben. Aber die Formen, in denen diese Klassenengelage ausgeglichen werden, müssen andre werden. Man wird den Organisationen der diese Klassenengelage vertretenden Parteien die Gleichberechtigung, die gleichzeitige Behandlung, nicht verjagen können. Man wird nach den Lehren dieses Krieges die Arbeiter und im besonderen ihre Vertreter nicht mehr mit einem andern Maß messen dürfen, als es verdammt so oft der Fall war.

Welche Formen die Austragung wirtschaftlicher Kämpfe nach Beendigung dieses Krieges annehmen wird, wird wesentlich davon abhängen, wie es die Arbeiterschaft versteht, ihre Organisationen geschlossen und ungebrosen über diese schwere Zeit hinwegzubringen. Sie trotz aller Gegensätze, die in Einzelfragen aufzutauchen mögen und aufzutauchen werden, einig zu erhalten, ist Aufgabe derjenigen, die zu Hause geblieben sind und nicht an diesem Völkerringen teilzunehmen brauchen.

Schon jetzt und in diesem Zusammenhange auf Einzelheiten einzugehen, kann im Rahmen dieser Zeilen unsere Aufgabe nicht sein. Solange ein so erheblicher Teil unserer Gewerkschaftler gegen unsre äußeren Feinde im Felde steht, haben unsre inneren Interessen zurückzutreten und bleibt uns nur die Aufgabe, alles für eine spätere Zeit intakt zu halten und dafür zu sorgen, daß wir den später an uns mit Gewißheit herantretenden Anforderungen gewachsen sind. Auch einen für uns glücklichen Ausgang des Weltkrieges vorausgesetzt, den wir doch alle mit Sicherheit erwarten, ist es doch zur Zeit noch eine große Frage, ob es nach dem Kriege wieder gelingen wird, in ebenso glänzender Weise unser Wirtschaftsleben auf seine friedlichen Aufgaben einzustellen, oder ob nicht eine gewisse Erschlaffung eintreten wird, deren Kosten dann zum größten Teil die nur von dem Ertrage ihrer Hände Arbeit lebenden Volksteile zu tragen hätten. Hier vorzubauen, diesen Möglichkeiten ins Auge zu schauen. Maßnahmen, die eigentlich zuerst nur für diese Kriegszeit gedacht waren, auch für die Zeit nach Beendigung des Krieges aufrechtzuerhalten, wo sie, zum Schutze der heimkehrenden Krieger, der Arbeitslosen und ihrer Familien, zum Schutze eines gelunden Nachwuchses, der imstande und befähigt ist, die eingetretenen Lücken, die der Krieg geschlagen hat, auszufüllen, notwendiger denn je sein werden, sind Aufgaben, zu deren Vorbereitung und Durchführung jetzt alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen.

Wird diese Notwendigkeit auf allen Seiten eingesehen und vor- aussetzend gehandelt, so wird die Absicht unsrer Gegner, uns wirtschaftlich niederzuzwingen, ebenso unmöglich sein wie die, uns mit den Waffen zu bezwingen. Unsre Organisationen werden sich denn früher als es sonst vielleicht der Fall wäre, wieder ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden können, an der Verbesserung unsrer Lage zu arbeiten, die durch den Krieg einen so jähen Abbruch erleben mußte, trotzdem so vieles noch zu tun blieb und noch erit getan werden muß, um die Arbeiter wirtschaftlich so zu stellen, daß sie vor Not geschützt sind.

Vom guten Leben der Arbeiterinnen und Kriegerfrauen.

Zweifellos hat der Krieg für eine ganze Reihe Arbeiter und Arbeiterinnen bessere Verdienste gebracht, als vorher erreicht worden sind. Man denke z. B. an die Kriegslöhne in einigen Zweigen der Metallbranche und der Sattlerei. Ganz falsch aber ist es, zu glauben, daß alle in diesen Berufen beschäftigten Arbeiterinnen 80 Mk. und mehr pro Woche verdienen haben, wie es vereinzelt einige Zeit in der Sattlerei vorgekommen ist.

Solche seltenen Ercheinungen erwecken natürlich des Interesses weiter Kreise, und so ist es zu erklären, daß man häufig der Ansicht begegnet, die Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen nämlich in der Kriegszeit mehr als in Friedenszeiten.

Das ist nicht der Fall. Vor allen Dingen hatten die Arbeiterinnen nur selten Gelegenheit zu höheren Verdiensten. Nicht alle Betriebe können für den Kriegsbedarf arbeiten, wo mehr besser Lohn gezahlt werden, als sonst üblich sind. In vielen Betrieben war wenig oder gar nichts zu tun, und die Arbeiterinnen mußten ausstehen, oder sie wurden entlassen. Die Männer fanden eher wo anders Beschäftigung als die Frauen.

In Berlin gibt es heute noch unzählige viel Frauen und Mädchen, die sich bei anstrengender und heißer Arbeit mit Wochen-

Jahres-Abrechnung für das Jahr 1914.

Einnahme.

Gau	Bestand der Lokalfassen vom Jahre 1913	Eintritts- und Erlös- marken	Wochen-Beiträge					Erwerbslosen- marken 20 J	Erwerbslosen- marken 10 J	Mehreres aus den Beitrags- marken	Sonstige Einnahmen	Zufuß aus der Hauptkasse	Gesamt- Einnahme
			70 J	60 J	50 J	40 J	30 J						
1. Gau: Berlin	20 482.85	94.75	8 416.10	14 177.40	1 777.—	1 126.80	150.—	1 113.50	1 008.50	5 758.80	12 347.48	40 753.22	125 206.40
2. " Regnitz	53 115.87	593.25	4 551.40	24 526.00	51 734.38	19 641.58	15 405.44	2 552.50	2 552.50	6 981.63	40 774.50	233 800.64	233 800.64
3. " Leipzig	76 881.78	383.—	18 151.—	40 960.80	26 434.50	8 464.40	2 421.80	3 473.20	2 030.10	15 868.83	14 731.34	19 510.48	230 289.23
4. " Hannover	23 869.44	260.—	10 176.60	10 874.40	12 705.50	10 625.20	1 783.40	1 511.40	1 100.40	10 126.77	4 712.89	5 235.75	101 981.73
5. " Köln	18 570.92	290.—	15 781.80	4 939.70	4 939.70	6 344.40	1 287.60	1 047.60	1 018.90	6 507.02	2 912.83	6 881.88	72 677.50
6. " Karlsruhe	24 313.94	321.—	5 345.90	19 301.40	14 026.80	3 157.20	773.80	1 633.86	2 042.50	3 686.47	2 527.64	16 504.35	94 534.80
7. " Regensburg	17 845.24	241.25	2 547.30	10 937.40	16 029.50	8 722.40	3 258.90	2 831.20	2 016.60	5 405.60	4 108.51	176 205.46	251 270.36
8. " Würzburg	17 857.24	233.—	7 124.60	22 035.68	13 121.20	5 675.60	2 791.10	2 153.—	2 727.60	5 045.52	2 408.96	14 527.48	95 700.96
Summa:	261 937.28	2 421.25	63 347.90	167 604.48	141 668.50	93 757.58	27 982.04	16 300.50	18 357.—	63 750.70	50 792.28	329 562.07	1 205 481.66
In Prozenten:	21,74	0,20	5,25	13,90	11,76	5,30	2,33	1,35	1,30	5,30	4,21	27,30	

Ausgabe.

Gau	Unterstützungen							In die Haupt- kasse abgeandt	Verwaltungskosten		Zofaler Zufuß für Unter- stützungen	Agi- tation	Sonstige Aus- gaben	Gesamt- Ausgabe	Rassen- bestand in den Zof- kassen am Schlusse des Jahres 1914			
	Erwerbslosenunterstützung am Ort	auf d. Reise	in Krankheit	Streit- unterstützung	Gemein- schaftl. Unter- stützungen	Um- zugskosten	Sterbe- geld		Rechts- schutz	Familien- u. besond. Unterstüz.						persön- liche	sach- liche	
1. Gau: Berlin	7 942.25	1 948.—	6 374.75	42 156.60	4 256.18	—	520.—	639.10	5 078.02	6 277.00	4 788.13	3 237.55	1 124.67	23 482.41	511.73	1 188.30	114 536.28	10 670.12
2. " Regnitz	4 574.—	1 340.—	26 730.23	34 055.69	879.30	63.—	2 500.—	258.55	36 593.82	46 776.48	12 638.76	3 133.55	1 068.13	23 888.26	533.76	5 313.72	201 346.37	32 454.27
3. " Leipzig	25 382.25	3 581.—	27 055.25	8 144.80	3 657.03	40.—	3 100.—	35.25	20 221.45	30 869.11	14 163.98	4 454.26	2 097.57	21 255.20	94.65	4 683.48	168 745.28	61 553.94
4. " Hannover	5 718.85	3 420.50	14 412.75	558.07	120.45	42.—	1 220.—	227.55	11 080.15	22 878.86	6 243.05	3 780.62	1 407.26	8 003.40	62.80	2 822.11	83 098.42	18 893.33
5. " Köln	5 178.75	1 368.50	7 817.75	1 013.31	288.25	60.—	470.—	105.80	7 718.15	16 169.37	4 841.28	2 061.97	1 132.82	9 120.77	190.55	1 877.31	60 313.08	12 364.42
6. " Karlsruhe	12 427.75	1 247.—	13 113.75	2 575.39	519.86	103.95	905.40	108.77	10 825.—	17 655.80	4 618.42	1 691.18	843.22	5 411.72	268.39	2 566.56	74 972.16	18 562.64
7. " Regensburg	22 468.25	1 144.—	9 788.75	155 205.82	4 391.64	431.64	1 170.—	233.55	13 026.34	8 451.17	6 619.25	3 130.23	774.92	12 646.80	443.54	2 685.—	243 581.64	7 688.72
8. " Würzburg	11 966.50	2 385.—	17 120.95	1 588.19	791.13	79.50	1 170.—	20.—	14 509.50	17 783.38	4 746.08	1 671.87	958.18	5 584.93	842.83	2 828.—	84 047.57	11 653.41
Summa:	65 656.00	16 448.—	122 414.20	246 557.98	14 904.44	910.00	11 145.40	1 628.57	119 903.33	166 861.77	58 698.95	23 111.03	10 217.07	115 273.49	2 988.30	23 946.61	1 030 640.81	174 840.85
In Prozenten:	9,27	1,50	11,87	23,92	1,44	0,08	1,08	0,15	11,63	16,28	5,60	2,24	0,98	11,18	0,28	2,32		1 205 481.66

Der Stand der Mitglieder stellte sich im Vorjahre folgendermaßen:

I. Quartal	30 785
II. " "	30 897
III. " "	18 063
IV. " "	13 610

Zum Jahresluß waren schon an die 12 000 Mitglieder zum Heere eingezogen. Ein weiterer Verlust an Mitgliedern entstand dadurch, daß ein großer Teil unserer italienischen Kollegen im vorigen Winter heimkehrte und im Frühjahr 1915 nicht wieder kam. In den Pariserbüchsen Schloßens und Sachsens schafften Hunderte von Desterreichern, die ebenfalls ins Heer einzutreten, oder der unsicheren Verhältnisse halber in ihre Heimat mußten. Endlich brachte der Krieg auch die in andern Organisationen zu beobachtende Erscheinung mit sich, daß ein Teil unserer Kollegen den Beruf

wechselt und zu andern Arbeiten griff. Als besonders bemerkens- wert mag gelten, daß wir trotz des Krieges vom Zahlstellenbestand nicht viel eingebüßt haben.

Vorstehende Abrechnung gibt ein klares Bild über die große Leistungsfähigkeit unseres Verbandes im Vorjahre. Man beachte: die Ausgabe an Streitunterstützung betrug 246 000 M., dabei konnten bloß 7 Monate mit der Streitführung in Betracht, denn nach der geschlossenen Kriegserklärung war ein Streiken praktisch unmöglich. Freilich wird es auch noch Kollegen geben, die bei der Ausgabe für Streiks niemals bedrückt werden können. Es ist deshalb erklärlich, wenn die Verbandsleitung sich darauf nicht ein- läßt, bei Streiks die so oft gewünschte Theorie: Kampf bis zum Wechsellösen, anzuerkennen. Von besonderer Bedeutung erscheint der Posten für die verausgabte Arbeitslosenunterstützung. Für

diesen Zweck wurden 95 000 M. verausgabt. Die Bedeutung er- höht sich dadurch, weil die Arbeitslosenunterstützung während des Krieges eingeführt wurde. Wenn im Frühjahr 1915 die akti- vere Aufhebung wieder beschloßen wurde, so deshalb, weil die Einführung der Krankenunterstützung dringend gewünscht wurde.

Die Einnahmen liefen naturgemäß durch den Krieg in beträcht- licher Weise. Es müssen die vielen Einberufungen in Anrechnung gebracht werden, auch die Arbeitslosigkeit betrug nach der Kriegs- erklärung 10 Prozent und darüber. Die Einnahmen müssen aber erkennen, daß die Finanzstärke in der 2. und 3. Klasse liegt. So- weit die 1. Klasse in Frage kommt, scheiden die Gauen Berlin, Leipzig und Hannover am besten ab. Die Familien- unterstützung verurteilte eine Ausgabe von 110 903,33 M., sicher- lich eine respektable Summe. Betrachten wir unter Finanzweisen im allgemeinen, so ergibt sich, daß selbiges auch nach einer zehn- monatigen Kriegsdauer als völlig gesund betrachtet werden muß.

Ich möchte nicht unterlassen, auf die Ursachen aufmerksam zu machen, auf denen die Schwierigkeiten beruhen, die der Zulassung polierter, insbesondere nur zum Teil polierter und hochglanzend polierter Steine im Wege stehen. Es ist richtig, daß eine ganze Reihe Entwürfe namhafter Künstler für Grabdenkmäler in ge- schlossener und polierter Hartgesteinart so gut sind, daß sie ohne weiteres, soweit ich die schon zahlreichen guten Entwürfe kenne, zugelassen werden können, ohne daß irgendwelche Beeinträchtigung künstlerischer Forderungen zu befürchten ist. Aber solche Grabdenkmäler (in vorzüglicher, all- seitig gleicher Bearbeitung) sind nicht Handelsware im üb- lichen Sinne, Ihre Verfertigung ist noch sehr teuer, und ihre Verwendung kann meines Erachtens deshalb lange nicht so all- gemein werden, als es im Interesse unserer deutschen Hartstein- industrie und im Interesse unserer deutschen Friedhöfe zu wün- schen ist. Die fast allgemein noch aus den Arbeitsstätten der deutschen Hartsteinindustrie hervorgehende Handelsware, deren Verfertigung auf einer, oft nur zu geringen und unabweisbaren Maschinenarbeit beruht, und eben dadurch billiger ist, steht aber auf einer so niedrigen Stufe, daß sie nur in sehr seltenen Aus- nahmen in der Lage ist, bestehenden Ansprüchen zu genügen — Ansprüchen, die sich darauf beschränken, wenigstens eine direkte Verunstaltung der Friedhöfe zu vermeiden. Darin liegt der Hauptgrund für die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Hart- steinindustrie zweifellos zu kämpfen hat. Es ist notwendig, zu dem Erkenntnis zu gelangen, daß die Maschinenarbeit in der Hartsteinindustrie noch nicht dazu gelangt ist, grundsätzlich sich auf die angedeutete notwendige Erfüllung tatsächlich vorhandener höherer Anforderungen des deutschen Volkes an die Formen- gebung, die Gestaltung und Bearbeitung aller uns umgebenden Gegenstände aller Art einzurichten. Sie ist aus dem Anfangs- stadium noch nicht herausgekommen, wie das sonst glücklicherweise fast durchweg auf allen übrigen Gebieten maschineller Herstellungs- weise bzw. der Mitwirkung von Maschinenarbeit geschehen ist. Diese Entwicklung deutscher Maschinenarbeit beruht auf dem Ge- samtstande deutscher Kultur im allgemeinen, der Tüchtigkeit und Erfindungskraft deutscher Maschinen-Ingenieure und einem hochentwickelten Arbeiterstande im besonderen und hat durch den Weltkrieg deutscher Maschinen diesen große Absatzgebiete und der deutschen Arbeiterkraft Nahrung und Lebensnahrung gebracht. Die Ursache für die Erfolge Deutschlands im Weltkrieg und seine Stellung auf dem Weltmarkt ist hiervon in der, nach Ma- terial, Bearbeitung und Formgebung höher entwickelten heutigen Arbeit, insbesondere Maschinenarbeit zu suchen. Ich kann nur empfehlen, sich in dieses, für die Zukunft unseres gesamten Volkes und unserer Volkswirtschaft bedeutungsvolle Pro- blem zu vertiefen und versuchen zu erkennen, ob die Hartstein- industrie — denn es handelt sich tatsächlich um die Industrie mit maschinellen Einrichtungen, nicht um das handwerklichmäßige, in kleineren Betrieben immer noch vorhandene und zu er- haltende Grabmal-Handwerk — in der Lage ist, Mittel und Wege zu finden, die maschinelle Bearbeitung von Hartgestein in solcher Formgebung und in solcher Gestaltung zu betreiben, daß sie die unabweisbaren, berechtigten und wach- senden, öffentlich höheren Ansprüche des deutschen Volkes zu erfüllen. Meines Erachtens muß das gelingen. Ich habe diese Überzeugung, trotzdem ich die großen Schwierigkeiten, mit denen diese zur Vermeidung des teilweisen Zusammenbruchs einer großen deutschen Industrie notwendigen Bestrebungen zu kämpfen haben, zu kennen glaube. Diese Schwierigkeiten können durch tatkräftiges Zusammenarbeiten aller Beteiligten überwunden werden und zwar nur dann, wenn auch die Inhaber der In- dustrien gemeinsam mit der Arbeiterschaft Einigkeit in die wahren Ursachen der Gefahren gewinnen, welche der Industrie drohen, Ursachen, die meines Erachtens durchaus nicht aus unberechtigten, einseitigen Forderungen einzelner oder kleiner Gruppen beruhen, sondern in der gesamten deutschen aufsteigenden Kultur und Ge- schichtsentwicklung (man stelle Vergleiche an über die Erzeugnisse auf dem Gebiete der Möbel-, der Spitzen-, der Gewebe-, Zerril- industrie usw. aus der Zeit vor und nach 1900) begründet sind. Das muß erkannt und anerkannt werden. Das ist der Aus- gangspunkt, von dem alle Bemühungen zur Abwendung der von Ihnen geschilderten Gefahren ausgehen müssen. Sorgen Sie da- für, daß an Stelle der, meist nach Form und Bearbeitung teil- wehenden, unentwickelten Handelsware der Hartstein-Grabmal- industrie gut gestaltete, den höheren und künstlerischen Anfor- dungen genügende Erzeugnisse der Industrie auf den Markt

kommen, bringen Sie auf die Verbesserung der Maschinen-tätigkeit und -wirksamkeit, die an der Mehrzahl der handelsüblichen Grabmalware bisher fast nur an der geschlossenen und fast durch- weg hochglanzend polierten Oberfläche von oft ohne Liebe, ohne Verständnis und ohne künstlerische Empfindung gestalteter Fabrik- ware oder an der Unvollständigkeit der geschmittenen und polierten Teile zusammengefügter Denkmäler zu erkennen ist. Die Aus- führungen nach den Entwürfen namhafter Künstler, die im Auf- trage des Verbandes deutscher Granitwerke gearbeitet haben, be- weisen jedenfalls, daß der von mir angebaute Weg gangbar ist und zum Ziele führt. Dieser Weg scheint mir auch der einzige zu sein, der der deutschen Hartsteinindustrie, die jetzt als verloren anzusehenden ausländischen Absatzgebiete nach dem Kriege wiederzuerobert ermöglicht. Es ist zu erwarten, daß zunächst nach Friedensschluß große Schwierig- keiten in den uns jetzt feindlichen Staaten große Erneuerung der alten Handelsbeziehungen bestehen werden. Gerade deshalb müssen aber die Mittel und Wege, diese Schwierigkeiten zu be- siegen, um so zeitiger und sorgfältiger erwoogen und vorbereitet werden. Je rascher und sorgfältiger und großzügiger die Vor- arbeiten einleitet, desto früher und reichlicher wird der Erfolg sich zeigen. Diese Vorarbeiten können aber nur gleichlaufend mit den Bestrebungen sein, die notwendig sind, um die Industrie im Heimatgebiete gegen Verfall zu sichern. Wie alle andern auf dem Weltmarkt erfolgreichen Industrien und Gewerbe, so muß auch die Hartgesteinindustrie, wie ich nochmals ausführen muß, durch Steigerung ihrer Leistungen, und zwar, da das Mate- rial daselbst bleibt, durch Höherentwicklung der Formgebung und der Arbeits- und Bearbeitungsweise, den Sieg über Aus- landswettbewerb und Auslandsabnügung davontragen wollen. Auf diesem Willen, seiner Kraft, der Züchtigkeit und Folger- sichtigkeit seiner Durchführung durch Unternehmer und Arbeiter- schaft, in Gemeinschaft mit wahrhaft künstlerisch begabten Kräften für den Entwurf, die sich alle der Bedeutung solchen Willens, der Ziele und des Weges zum Ziele klar sein müssen, wird aller Erfolg beruhen. Ich wünsche von Herzen, daß der Wille stark, die Erkenntnis der Ursachen der jetzigen Gefahr klar und die Mittel und Wege der notwendigen zu leistenden Arbeit groß- artig sein mögen zum Segen der deutschen Arbeiterschaft der Hart- steinindustrie und zum Ruhme aller einer deutschen künst- lerischer Qualitätsleistungen auch auf dem Gebiete der Grabmal- industrie.

Die Antwort des Offenener Magistrats müssen wir als sehr be- merkenswert bezeichnen. Wir können nicht alle Ausführungen, die darin enthalten sind, unterschreiben, aber es muß betont werden, daß die Antwort mit großer Liebe und Sachkenntnis abgefaßt wurde. Die Antwort läßt erkennen, daß unsere Petition auch ein- gehend studiert wurde. Wenn in den technischen Bureaus der Ma- gistrat überall eine solche Objektivität zu dieser wichtigen Frage vorhanden wäre, dann brauchte der Granitindustrie über die fernere Entwicklung nicht bange zu sein. Eine Reihe weiterer Antworten werden wir in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Die Stadt Kiel und die Besteuerungseinfuhr.

Nachdem wir zum zweitenmal an die Stadt Kiel unsere Petition schickten, ist es uns doch gelungen, Antwort zu erlangen. Der Be- scheid, der recht eigenartig ausgefallen ist, lautet:

Magistrat der Stadt Kiel, Kiel, den 19. Juni 1915.
An den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands,
zu Händen des Herrn Paul Starke,

Auf die Eingabe vom 8. Mai d. J., betreffend die Vergebung von Pflaster- und Werksteinlieferungen an deutsche Unternehmer, erwidern wir ergebenst, daß die finanzielle Lage der Stadt Kiel es nicht zuläßt, der Verwendung von deutschem Material für städtische Bauausführungen näherzutreten. Der Bezug des schwedischen Materials, welches an Güte und Art der Bearbeitung dem deutschen nicht nachsteht, stellt sich erheblich billiger als derjenige des deutschen Granits. Es kommt hinzu, daß der höchste Schiffsverkehr und Seehandel das Fehlen der schwedischen Auf- fahrer schwer empfinden würden. Für absehbare Zeit ist der städtische Bedarf an Steinmaterial auch so gering, daß eine Ver- gebung an deutsche Lieferanten kaum von Einfluß auf die deutsche Steinindustrie sein würde.

Die Ansicht, welche der Magistrat zum Ausdruck bringt, ist doch eine recht sonderbare. Also, die finanzielle Seite läßt es nicht zu, daß die Pflasterungen, oder sagen wir, daß auch Teilsieferungen der deutschen Steinindustrie zugute kommen. Somit entscheidet in Kiel nur das billigste Angebot, ohne Rücksicht darauf, wie es dem deutschen Steinarbeiter ergeht. Wir haben nicht be- hauptet, daß etwa das schwedische Steinmaterial schlecht ist, im Gegenteil, dessen Güte haben wir immer anerkannt. Der Hin- weis auf die Schädigung des Schiffsverkehrs, den Kiel erleiden würde, wenn einige Küstenfahrzeuge ausbleiben, ist absolut nicht beweiskräftig. Aber der Stadt Kiel sagen wir kurz und bündig folgendes: Kiel ist durch seine Lage zum ersten Kriegshafen ge- worden. Eine große Reihe von staatlichen Werken sind darauf dort entstanden. Immer neue Werke werden auf Kosten des Reichs angelegt. Kiel profitiert dadurch in ungeschätzter Weise. Wenn eine solche Stadt, mit so vielen kaiserlichen Betrieben, frank und frei erklären kann, sie wird auch in Zukunft auf die deutsche Stein- industrie nicht Rücksicht nehmen, weil die Pflasterkerne wegen der höheren Kraftkosten in Deutschland sich höher im Preise stehen, so ist das, vom Standpunkt des Arbeiters aus betrachtet, wir wollen uns milde ausdrücken, geradezu unverfänglich. Wir haben die anständigen Regierungsgäste von diesem eigenartigen Verfahren in niemandem Weise in Kenntnis gesetzt.

Korrespondenzen.

Kirchshausen (Odenwald). Am 30. Mai fand im Gasthaus zur Bergstraße in Heppenheim eine Mitgliederversammlung statt. Zu der Kaffeezeit Michel Verbecher abwesend war, verlas der Vor- sitzende den Kassenbericht vom 1. Quartal, welcher auch für richtig befunden wurde. Als Redner wurde für den zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen Christoph Tröger der Kollege Michel Rader bestimmt. Als Delegierter zum Gewerkschaftstreffen wurde Kollege Alois Reddis gewählt. Abends kam man auf die Restanten zu sprechen. Während draußen im Felde unsere Kollegen mit auf- opferndem Mut kämpfen, kehren diese Kollegen daheim dem Ver- bände den Rücken. Arbeitslose Kollegen sind hier nicht zu verzehnen. Ueber die Einhaltung des Tarifs von Seiten der Unternehmer sind bis jetzt wenig Beschwerden eingegangen. Nach einigen sachlichen Debatten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Leipzig. Am 17. Juni fand im Reichshaus eine Steinarbeiter- versammlung statt. Der Eintritt in die Nachbarschaften christen der Anwesenden das Andenken der verstorbenen Kollegen Franz Schreyer und des im Felde gefallenen Kollegen Hans Schumann in der städtischen Weise. Dann wurde der Bericht der Verwaltung, allen kranken Kollegen die 20-Mark-Mark aus der Volkskasse zu be- zahlen, entgegengenommen. Am verlas der Vorsitzende die Antworten der Anwesen auf die verschiedenen Eingaben. Wegen Forderungen der arbeitslosen Kollegen muß die Anwesenheit der Arbeiter in den ge- meinschaftlichen Erfindungen bestehen. 2. Lohnverhöhung konnte jetzt nicht erfolgen, da die Lohnverhältnisse in den einzelnen Betrieben ge- teilt wären. Hierzu legte eine lebhaftige Debatte ein und es wurde der Antrag angenommen, für sämtliche künftige Zeiträume eine Lohnverhöhung von 60 Pfennig pro Tag zu verlangen. 3. wurde schließlich anerkannt, daß die halbe Stunde, welche Sonnabends weniger gearbeitet wird, voll bezahlt werden muß. Beim Bericht des Vorsitzenden über die Bauarbeiterkommission wurde allge- mein die Tätigkeit derselben anerkannt, aber andererseits wurden wiederum viele Klagen laut, daß von Seiten der Bauarbeiter keine Interesse für Bauarbeiterfrage gezeigt wird. Es wurde be- schloßen, ein diesbezügliches Schreiben an die Kommission zu richten, und jedem Kollegen wurde zur Pflicht gemacht, so solche Klagen auf Posten zu senden und die Arbeit nicht zu unterbrechen.

Siena. Unternehmer und Bauarbeitern. Frag des Bauarbeiters denken manche Unternehmer nicht daran, die bestehen- den Lohnverträge einzuführen, während die Unternehmerverbände wohl allgemein beschloßen haben, an den bestehenden Verträgen nicht zu rütteln, was auch für die Bauindustrie zutrifft. Durch nichtbillige Preisangebote bei Submissionen wird versucht, die Arbeiter an sich zu ziehen, und um auch noch etwas Profit heraus- zuwickeln, ist an den Gehältern der Arbeiter (insbes. an hollän- dischen) Verhältnisse können den Bauarbeitern nicht ganz unbekannt zu sein, denn wir haben Gelsachter gehabt, Einzug zu nehmen in die von einem Bauamt gestellten Verhandlungen. Form vor Form und Har ausgesprochen, daß die Bauarbeiterlöhne an die

...zu zahlen sind, und bei vorfindenden Differenzen...

Bei Anschaffung der Steinmetzgeräthe für den Neubau des Königl. Amtsgerichtsgebäudes in Sebnitz...

Auf Ihre Zuschrift vom 31. März d. J. ist Ihnen zu erwidern, daß der Unternehmer...

Da Herr... ständig Beschwerden zugehen von den Arbeitern der Steinmetzgeräthe...

Da in Ihrem Verträge Staatsarbeiten angeführt werden, habe ich mich bereits an das Königl. Landbauamt Dresden I...

Sie haben die Firma... beauftragt mitgeteilt, daß Sie bei dem... 19.10...

Handbau.

Steinmetzgeräthe. Folgende Maschinen werden ausgeschrieben: 1. Handbohrer...

Handbohrer. Folgende Maschinen werden ausgeschrieben: 1. Handbohrer...

Handbohrer. Folgende Maschinen werden ausgeschrieben: 1. Handbohrer...

Handbohrer. Folgende Maschinen werden ausgeschrieben: 1. Handbohrer...

Handbohrer. Folgende Maschinen werden ausgeschrieben: 1. Handbohrer...

Handbohrer. Folgende Maschinen werden ausgeschrieben: 1. Handbohrer...

Literarisches.

Handbohrer. Folgende Maschinen werden ausgeschrieben: 1. Handbohrer...

...hin und her verschlagen, oftmals veräumen es die Kollegen, die die...

In 18. Auflage ist erschienen: Dessen Geschäftshandbuch (Die kaufmännische Praxis)...

Revisoren
erfüllt beim bevorstehenden Quartalschluß pünktlich Eure Pflicht!
Legt Euch auch die Frage vor, warum in diesem Quartal eine unverhoffte Revision nicht stattfand!
Vor jeder Revision ist der Absatz 12 auf Seite 46 des Leitfadens genau zu beachten.

An die Kassierer!
In jeder Nummer des „Steinmetz“ ergeht die Mahnung, bei Geldsendungen auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist...

Anzeigen

Dauernde Beschäftigung finden noch tüchtige **Muschelkalk-Steinmetzen** in unseren Betrieben Gehespitz bei Neu-Byenburg (Hessen) und Hardheim (Baden)

Sandstein-Steinmetzen in Lauterecken (Pfalz) und Bürgstadt (Main). Anfragen und Anmeldungen sind nach den Betriebsstellen zu richten.

Philippp Holzmann & Co., G. m. b. H. Frankfurt am Main.

15 bis 20 geübte Steinrichter für meinen Basaltsteinbruchbetrieb am Baumgarten bei Harleshausen auf Groß- und Kleinpflastersteine gesucht.

Tüchtige Steinmetzen auf Sandstein und Kalkstein zu sofortigem Eintritt bei dauernder Beschäftigung (Sommer und Winter) gesucht.

Steinmetzen für Kalk- und Sandstein auch Schriftbauer bei 80 Pfg. Stundenlohn stellt noch ein.

Tüchtige Granitsteinhauer (Steinmetzen) für unsere Werke Büchberg und Hauzenberg gesucht.

Steinbrecher u. Bossierer finden sofort dauernde Beschäftigung im Meissner Granit- u. Pflastersteinwerke.

Steinhauer, Steinrichter und Steinstoßer für Granit sofort gesucht. Banzeit 1 1/2 Jahr.

20 bis 30 tüchtige Steinhauer welche harten Sandstein bearbeiten, bei gutem Akkordlohn und dauernder Beschäftigung gesucht.

Granitsteinmetzen und Schleifer sucht sofort ein.

rechnen werden sollen. Wo keine Verrechnungsbilanz vorhanden ist, schreibe man es auf einen Vogen Papier.

Bei dem Zusammenstellen der Quartalsabrechnungen zwecks Festlegung der Mitgliedszahl stellt sich heraus, daß ein großer Teil der Zahlstellenkassierer den Zu- und Abgang der Mitglieder auf dem Formular gar nicht ausfüllt.

Bei Prüfung der Quartalsabrechnungen sind von den Revisoren die abgelaufenen Interimskarten sofort zu vernichten, damit mit den geklebten Karten kein Mißbrauch getrieben wird.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. In Kupferdreh wurde der Steinmetz Kurt Krupp wegen seines schädlichen Verhaltens aus dem Verbands ausgeschlossen.

Adressen-Änderungen. Alsenz, Vors. u. Kass.: Peter Feld. Mittelhöhe, Kass.: Aug. Wiedemann in Schlegel-Niederdorf, Kreis Neurade, Nr. 31.

Briefkasten. Bünschelburg. Militärdienstzeit befreit natürlich von der Beitragszahlung.

Diesen „Steinmetz“-Sendungen liegen die Abrechnungformulare bei. Dieselben sind unverzüglich den Kassierern zu übergeben.

Anzeigen

Zur Erschließung eines Granitbruchs unweit Dresden wird sogleich eine tüchtige Kraft, selbständig und erfahren, möglichst militärfrei, als

Bruchmeister gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter K. 88 an die Expedition des „Steinmetz“, Leipzig.

Gesucht ein tüchtiger **Säger und Schleifer** für Hartstein. (Dauernde Arbeit.)

Tüchtige Kleinpflaster-Arbeiter suchen bei hohem Verdienst.

Tüchtiger Steinmetz für Grabstein auf längere Zeit gesucht. Stundenlohn 80 Pfg. oder Akkord.

Tüchtige Granitsteinhauer u. Schleifer gesucht.

Tücht. Pflastersteinhauer für unsere Betriebe bei Seebach in Baden und bei Kanderu in Baden gesucht.

Jakob Held wo bist Du? Kannst Du mir, da ich zum Militär einrücken muß, verschiedene Denkmäler fertig machen?

Im Felde gefallen sind nachfolgende Kollegen: Wilhelm Oswald Ehrlich, 35 Jahre alt, aus der Zahlstelle Dresden-Firna.

Gestorben. (Unter dieser Rubrik werden mit diesseitigen Belegzetteln die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingelesen.)

Gestorben. (Unter dieser Rubrik werden mit diesseitigen Belegzetteln die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingelesen.)